

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1794

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1794



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Kapitel 0 Genderneutrale Sprache

Gremium: Vorstand GRÜNE Schweiz

Beschlussdatum: 15.12.2018

1 **Genderneutrale Sprache**

- 2 Sprache beeinflusst unser Denken und unsere Wahrnehmung – sie bildet die
- 3 Gesellschaft nicht nur ab, sondern formt sie auch mit. Daher ist es uns wichtig,
- 4 in unseren Texten eine gendergerechte Sprache zu verwenden. Damit alle Menschen
- 5 gleichermassen genannt und damit auch mitgedacht werden, verwenden wir in
- 6 unseren Texten den Gender-Stern. Damit bringen wir zum Ausdruck, dass wir
- 7 Transsexuelle, Transgender und intersexuelle Personen, Frauen und Männer, alle
- 8 mitmeinen und geben den verschiedenen Identitäten Raum.

Kapitel 2 Einleitung

Gremium: Vorstand GRÜNE Schweiz
Beschlussdatum: 15.12.2018

9 Die Schweiz braucht mehr grüne Politik. Grüne Politik für die Umwelt, für das
10 Klima, für eine nachhaltige Wirtschaft und für soziale Gerechtigkeit in der
11 Schweiz und in der Welt. Die nationalen Wahlen vom 20. Oktober 2019 sind dafür
12 eine zentrale Weichenstellung. Wir GRÜNE wollen darum im National- und Ständerat
13 mindestens vier Sitze hinzugewinnen und unseren Einfluss ausbauen.

14 Die GRÜNEN sind die fünftstärkste Partei in der Schweiz und haben in ihrer 36-
15 jährigen Geschichte viel bewegt. Unsere Themen sind mitten in der Gesellschaft
16 angekommen. Die GRÜNEN haben den Atomausstieg und die Energiewende
17 mehrheitsfähig gemacht. 2019 wird der erste Atommeiler im bernischen Mühleberg
18 abgestellt. Gentechfreie Landwirtschaft oder die Vereinbarkeit von Beruf und
19 Familie sind grüne Errungenschaften, genauso wie eingetragene Partnerschaften,
20 Verkehrsverlagerung und Tempo 30 in Wohnquartieren. Ohne GRÜNE wäre die Schweiz
21 mit bewaffneten Missionen in Afghanistan unterwegs und hätte 22 überflüssige
22 Kampfflugzeuge beschafft.

23 Wir GRÜNE haben die Schweiz, wie sie heute ist, als Impulsgeberin vorgebracht.
24 Doch wir können uns mit dem Erreichten nicht zufrieden geben. Die Welt, in der
25 wir uns bewegen, verändert sich rasant. Das gilt für die Arbeitswelt, wo
26 Globalisierung, Flexibilisierung und Digitalisierung neue Unsicherheiten
27 schaffen. Das gilt für Politik und Gesellschaft, wo hemmungsloser Populismus,
28 Entsolidarisierung, Angriffe auf Demokratie und Menschenrechte um sich greifen.
29 Und das gilt insbesondere auch für den Klimawandel, der immer schneller
30 voranschreitet, und für die Biodiversität, die zusehends und irreversibel
31 verloren geht.

32 Wohlstand wird heute oft mit Reichtum und unbegrenztem Wachstum verwechselt. Für
33 uns GRÜNE zählen andere Werte. Wir wollen die knappen Ressourcen auch für die
34 künftigen Generationen sichern, indem wir genügsamer leben. Und wir setzen uns
35 für mehr Lebensqualität im Alltag, für gesunde Lebensmittel und unsere
36 einzigartigen Landschaften ein.

37 Die traditionellen Volksparteien sind weltweit in der Krise und werden von
38 populistischen Bewegungen überrollt. Diese stellen zunehmend die Werte und
39 Spielregeln der modernen, freiheitlichen Demokratie und Gewaltenteilung in
40 Frage. Ihre antiliberalen Politik wird von der wachsenden Ungleichheit genährt.
41 Auch die Schweiz ist seit dem Rechtsrutsch vom Oktober 2015 mit zwei
42 Geschwindigkeiten unterwegs. Bildungschancen, Löhne, Vermögen und Einfluss sind
43 höchst ungleich verteilt. Wir GRÜNE können den sozialen Graben in der
44 Gesellschaft nicht akzeptieren. Wir fordern gerechte Steuern, faire Löhne und
45 tragfähige Sicherungsnetze, so dass alle Menschen in Würde leben können.

46 Die GRÜNEN sind für Menschen in ganz Europa zur Hoffnungsträgerin für eine
47 lebenswerte Zukunft geworden. Sie stehen für den Schutz der natürlichen
48 Lebengrundlagen genauso wie für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Offenheit,
49 Frieden und soziale Gerechtigkeit. Diese Kraft gilt es auch bei den nationalen
50 Wahlen 2019 zu stärken, als Bollwerk gegen den Rechtspopulismus, gegen

51 Klimaskeptiker*innen und gegen die Durchsetzung des Rechts der Starken und der
52 Skrupellosen weltweit.

53 Die GRÜNEN sind heute die einzige Partei, die Umweltfragen konsequent mit
54 sozialen Fragen und den liberalen Grundrechten verbindet. Wir leben nach dem
55 Motto «Taten statt Worte». Die Gleichstellung von Frauen und Männern, die
56 Durchsetzung der Rechte aller Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen
57 Orientierung und Geschlechtsidentität (LGBTIQ*) sowie die Zusammenarbeit mit
58 Menschen aus verschiedensten Ländern sind bei uns eine Selbstverständlichkeit.

59 Wir GRÜNE lassen uns nicht kaufen von den Versicherungen, Banken und anderen
60 mächtigen Interessenvertretern, welche die Politik in Bern bestimmen. Umso mehr
61 arbeiten wir mit der Bevölkerung, mit zivilgesellschaftlichen Organisationen,
62 mit den Umweltverbänden, mit Kulturschaffenden und Bewegungen, mit
63 Gewerkschaften und umweltbewussten Firmen zusammen. Bündnisfähigkeit ist eine
64 unserer grossen Stärken. Die GRÜNEN sind aber auch initiativ- und
65 referendumsfähig und setzen sich in zahlreichen Gemeinden und Kantonen in
66 Parlamenten, Regierungen und Kommissionen für die Anliegen der Bevölkerung ein.
67 Und wenn diese institutionellen Mittel nicht ausreichen, sind die GRÜNEN auch
68 auf der Strasse, am Frauenstreik, an Kundgebungen gegen Rassismus, gegen
69 Atomkraftwerke und gegen Sozialabbau, für Klimaschutz, Geflüchtete und
70 Menschenrechte.

71 Wir GRÜNE sind Teil einer globalen Bewegung: Mit den Global Greens und den
72 europäischen Schwesterparteien treiben wir auch den weltweiten Klimaschutz, die
73 Energiewende und eine soziale und solidarische Kreislaufwirtschaft voran.
74 Gemeinsam kämpfen wir gegen Freihandelsverträge, welche die Menschenrechte, den
75 Tierschutz oder den Service Public auf dem Altar der Profite opfern wollen.
76 Gemeinsam setzen wir uns für steuergerechte Finanz- und Rohstoffmärkte, eine
77 menschliche Asylpolitik und für weltweite Abrüstung ein. Wer grün wählt, wählt
78 ein Netzwerk von engagierten Menschen. Wer grün wählt, wählt eine Schweiz, die
79 Zukunft hat.

80 Regula Rytz, Balthasar Glättli, Lisa Mazzone, Regula Tschanz

Kapitel 3 Wofür wir uns einsetzen

Gremium: Vorstand GRÜNE Schweiz

Beschlussdatum: 15.12.2018

81 Die GRÜNEN sind die kompetente und konsequente Umweltpartei. Die GRÜNEN sind
82 aber auch die Partei der liberalen Grundrechte, der sozialen Verantwortung und
83 der Lebensqualität. Die Erfahrung zeigt: Je stärker die GRÜNEN im Parlament
84 sind, desto grüner geben sich auch die anderen Parteien. Wer grün wählt, hat
85 Wirkung.

86 Diese Wahlplattform zeigt, wo wir in der Legislatur 2019-2023 unsere
87 Schwerpunkte setzen. Uns ist bewusst: Unsere Forderungen sind ehrgeizig und
88 konsequent. Als Partei mit Kopf, Herz und Rückgrat gehen wir voraus. Wir suchen
89 nach mehrheitsfähigen Lösungen, die uns vorwärts bringen.

Kapitel 3.1 Die GRÜNEN sind die Partei der Umwelt

Gremium: Vorstand GRÜNE Schweiz

Beschlussdatum: 15.12.2018

90 Die Sicherung der Lebensgrundlagen ist *die* zentrale Aufgabe der grünen Politik.
91 Schon heute sind diese durch den Klimawandel, den Verlust an Biodiversität, die
92 Einträge von Stickstoff und Phosphor in die Biosphäre und die Landnutzung
93 bedroht. Für die grüne Energiewende und für eine zukunftsverträgliche
94 Wirtschafts-, Siedlungs- und Verkehrspolitik müssen wir die Weichen jetzt
95 stellen. Dazu gibt es kein alleinseligmachendes Wundermittel. Sondern eine
96 Kombination von Massnahmen und Lösungen, die uns weiterbringen. Persönliches
97 Engagement, politische Leitplanken und verantwortungsvolle Unternehmer*innen
98 sind nötig, um den kommenden Generationen eine lebenswerte Zukunft zu sichern.
99 Wenn wir jetzt rasch und mutig handeln, wird aus den nötigen Veränderungen eine
100 gesellschaftliche und wirtschaftliche Chance.

101 3.1.1 Für die Umsetzung des Klimaabkommens von Paris

102 Wir sind die erste Generation, welche die Folgen der Klimakrise zu spüren
103 bekommt. Und die letzte, die noch etwas ändern kann. Gletscherschmelze, Dürren
104 sowie die Zunahme von Temperatur- und Wetterextremen belegen, dass nicht mehr
105 viel Zeit bleibt, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens umzusetzen. Gemäss der
106 Wissenschaft muss die Klimaerhitzung auf 1,5 Grad begrenzt werden, um das Risiko
107 von unkontrollierbaren, irreversiblen und gefährlichen Entwicklungen
108 einzudämmen. Die Schweiz ist vom Klimawandel besonders stark betroffen. Durch
109 den Finanzplatz und die hier ansässigen multinationalen Konzerne ist sie aber
110 auch stark für ihn verantwortlich. Sie muss sich an international koordinierten
111 Massnahmen beteiligen und selbst mit Pioniergeist vorangehen. Kein Land hat
112 bessere Voraussetzungen als wir. Innovative Hochschulen und Cleantech-
113 Unternehmen bringen die Veränderung voran. Mit dem Ausstieg aus Öl, Gas und
114 Kohle lindern wir nicht nur die Klimakrise, sondern auch die Abhängigkeit von
115 Energie-Importen. Arbeitsplätze und Wertschöpfung bleiben hier.

116 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 117 • die von den GRÜNEN mitgetragene Gletscher-Initiative angenommen wird, die
118 den fossilen CO₂-Ausstoss bis 2050 auf Null senken will, um die
119 Verpflichtungen des Klimaabkommens von Paris verbindlich umzusetzen.
- 120 • rechtliche Wege gestärkt und geschaffen werden, um gegen den Klimawandel
121 vorzugehen und den Bund zum Schutz der Bevölkerung zu verpflichten.
- 122 • ein CO₂-Gesetz verabschiedet wird mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoss im Inland
123 bis 2030 um 60 Prozent zu senken.
- 124 • ein verbindlicher Ausstiegsplan aus fossiler Technologie festgelegt wird:
125 ab sofort keine neuen fossilen Heizungen und keine neuen
126 Strassenkapazitäten, ab 2025 keine neuen fossil betriebenen Personenwagen
127 und ab 2030 keine neuen fossil betriebenen Industrie-Anlagen mehr.
- 128 • der Finanzplatz das Klima schont und sich bis 2030 schrittweise aus den
129 Investitionen in fossile Energien zurückzieht.

- 130 • die CO₂-Abgabe auf Brennstoffe erhöht wird, zur Sicherung und zum Ausbau
131 des Gebäudesanierungsprogramms.
- 132 • Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel verursachergerecht finanziert
133 werden und dass hierfür eine Klimaabgabe auf Benzin, Diesel und Kerosin
134 (Klima-10-Räppler) eingeführt wird.
- 135 • der grüne Aktionsplan für erneuerbare Elektromobilität mit dem Ziel
136 «Nullemissionen bis 2050» umgesetzt wird.
- 137 • der in- und ausländische Flugverkehr insbesondere auf Strecken mit
138 angemessenen Zugverbindungen reduziert, Nachtflugsperrern verlängert, eine
139 Flugticket-Abgabe zur Förderung des nachhaltigen Tourismus und eine CO₂-
140 Abgabe auf Kerosin eingeführt werden.
- 141 • die im Ausland entstandenen grauen Treibhausgasemissionen von
142 Importprodukten reduziert werden. Das soll mittels einer CO₂-Abgabe auf
143 importierten Emissionen, optimierten Produktionsprozessen, Massnahmen
144 gegen das Abholzen von Regenwäldern, einem ökologischen öffentlichen
145 Beschaffungswesen sowie Stromimporten aus erneuerbaren Energien geschehen.
- 146 • die durch die Landwirtschaft und Ernährung verursachten CO₂-Emissionen
147 reduziert werden. Das soll insbesondere anhand der Verminderung von Food
148 Waste geschehen, aber auch, indem Subventionen zur Förderung des
149 Fleischkonsums gestoppt werden.
- 150 • die einheimische und nachwachsende Ressource Holz stärker genutzt wird
151 durch konstruktiven Holzbau und auch energetisch.

152 3.1.2 Für die Beschleunigung der grünen Energiewende

153 Rund 80 Prozent des Energiebedarfs in der Schweiz werden aus fossilen oder
154 atomaren Quellen gedeckt. 13 Milliarden Franken fliessen jährlich in die Taschen
155 der globalen Energiemultis. Mit der Atomausstiegsinitiative (46 Prozent Ja-
156 Stimmen) haben die GRÜNEN den Weg für die Energiestrategie 2050 geebnet. Doch
157 die Umsetzung stockt. Bei der Atomenergie hat der Bundesrat sogar den
158 Rückwärtsgang eingeschaltet. Mit der Wiederinbetriebnahme des ältesten AKW der
159 Welt, Beznau 1, und der Schwächung der Sicherheitsvorschriften bricht er sein
160 Atomausstiegsversprechen. Und legt allen Unternehmungen Steine in den Weg, die
161 mit der grünen Energiewende lokale Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen wollen.
162 Das muss sich ändern.

163 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 164 • die erste Etappe der Energiestrategie 2050 rasch umgesetzt wird. Die
165 aktuelle Blockade bei der Photovoltaik muss aufgehoben und die Warteliste
166 abgebaut werden. Ein jährlicher Zubau von 800 MW/Jahr muss erreicht
167 werden.
- 168 • eine zweite Etappe der Energiestrategie 2050 erarbeitet wird. Mit dem
169 Ziel, die Schweiz dank raschem Atomausstieg und der vollständigen
170 Dekarbonisierung des Energiebereichs spätestens ab 2050 mit 100 Prozent
171 erneuerbarer Energie zu versorgen. Auch muss eine bevölkerungsverträgliche
172 Lösung bezüglich Atomendlager gefunden werden.

- 173 • erhöhte Sicherheitsanforderungen für die Schlussphase und die Stilllegung
174 von AKW durchgesetzt werden. Die Unabhängigkeit der Atomaufsicht muss
175 durch den Einbezug von internationalen Expert*innen und die Ernennung von
176 unabhängigen, kritischen Persönlichkeiten an die Spitzen des
177 Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats ENSI und der Kommission für
178 nukleare Sicherheit KNS endlich durchgesetzt werden.
- 179 • ein verbindlicher Ausstiegsplan aus der Atomenergie zu mehr
180 Investitionssicherheit für die Produktion von Strom aus erneuerbaren
181 Quellen sorgt. Die AKW Beznau 1 und 2 müssen wegen inakzeptabler
182 Sicherheitsrisiken umgehend und endgültig ausser Betrieb genommen werden.
- 183 • sich die Verursacher*innen (Energieunternehmen und Konsument*innen)
184 angemessen an der schnellstmöglichen Stilllegung und Entsorgung der
185 Atomenergieanlagen beteiligen.
- 186 • die volle Risikohaftung für Atomkraftwerke während und nach der
187 Betriebsdauer sowie für Zwischen- und Endlagerstätten durchgesetzt wird.
- 188 • intelligente Stromnetze die dezentrale Stromproduktion steuern und den
189 sparsamen Verbrauch fördern. Dabei hat der Datenschutz und die
190 Gleichbehandlung der Kund*innen hohe Bedeutung.
- 191 • Umweltsachen wie Landschaftsschutz, Lärmschutz, Gewässerschutz oder
192 Biodiversitätserhalt bei der Genehmigung von Anlagen zur Produktion und
193 Verteilung erneuerbarer Energie berücksichtigt werden.

194 **3.1.3 Für eine umweltgerechte und menschenfreundliche** 195 **Mobilität**

196 Die grüne Verkehrspolitik ist ein Schlüssel zu mehr Lebensqualität und
197 Umweltschutz. Wir wollen Verkehr vermeiden, auf umweltfreundliche Verkehrsmittel
198 verlagern sowie landschaftsschonend und quaterverträglich gestalten. Trotz
199 vieler Erfolge sind wir noch lange nicht am Ziel. Über 30 Prozent der
200 Treibhausgase und des Energiekonsums gehen auf den motorisierten Verkehr zurück.
201 Lärm und Luftverschmutzung belasten die Gesundheit. Durch ungebrochenes Wachstum
202 stösst der Verkehr zunehmend an die Grenzen der Kapazitäten, der
203 Finanzierbarkeit und der Akzeptanz. Anstatt immer mehr Geld in den Ausbau zu
204 stecken und wertvolles Kulturland zu opfern, wollen die GRÜNEN den Verkehr
205 reduzieren und intelligent lenken. Die Digitalisierung öffnet dabei neue
206 Perspektiven. Die GRÜNEN sehen aber auch Risiken (Uber statt öffentlicher
207 Verkehr). Wir fordern bessere Rahmenbedingungen für eine nachhaltige
208 Mobilitätsentwicklung und differenzierte Lösungen für Stadt und Land.

209 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 210 • die Verkehrspolitik auf Ganzheitlichkeit setzt: Sie muss die Potenziale
211 der Raumplanung, des Verkehrsmanagements, der Arbeitsorganisation, der
212 Preislenkung und der Technik zugunsten einer klima- und
213 menschenfreundlichen Mobilität nutzen.
- 214 • die Agglomerationsprogramme im neuen Nationalstrassenfonds NAF gestärkt
215 werden. Die Hälfte der NAF-Gelder soll in die Verkehrsverlagerung
216 fliessen.

- 217 • der Bundesbeschluss Velo rasch umgesetzt wird. Das Velo muss als
218 Verkehrsmittel insbesondere in Städten und Agglomerationen prioritär
219 werden.
- 220 • keine neuen Nationalstrassen mehr gebaut werden.
- 221 • das Verursacherprinzip durch die Einführung von Road Pricing gestärkt
222 wird. Dieses soll in stark belasteten Städten und Agglomerationen das
223 Umsteigen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel (ÖV, Velo, Fussverkehr)
224 fördern.
- 225 • die Gemeinden in der Verkehrspolitik in ihrer Autonomie gestärkt werden,
226 damit sie im Sinne ihrer Bevölkerung Verkehrsberuhigungen durchführen
227 können.
- 228 • Verkehrsflächen für den Autoverkehr reduziert und zum Ausbau von
229 umweltfreundlichen Verkehrsmitteln (ÖV, Velo, Fussverkehr) genutzt werden,
230 um in stark belasteten Städten und Agglomerationen das Umsteigen auf
231 umweltfreundliche Verkehrsmittel zu fördern.
- 232 • das ÖV-Preissystem reformiert wird: Die ÖV-Preise sollen sozial- und
233 familienverträglich sein und die Spitzenbelastungen der Infrastrukturen
234 vermindern helfen.
- 235 • die finanziellen Mittel für den öffentlichen Regionalverkehr gesichert
236 werden.
- 237 • der internationale Bahnfernverkehr mit attraktiven Direkt- und
238 Nachtverbindungen in alle europäischen Hauptstädte als Alternative zum
239 Fliegen gefördert wird.
- 240 • klare Zielvorgaben für die Digitalisierung der Mobilität festgelegt
241 werden. Denn diese muss den Menschen und der Umwelt dienen und darf nicht
242 noch mehr Verkehr oder Profit erzeugen.
- 243 • die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schienen im Sinne der Alpen-
244 Initiative und die Trassensicherung für den Güterverkehr auf dem gesamten
245 Schienennetz durchgesetzt werden.

246 **3.1.4 Für den Schutz der Natur und den Erhalt der** 247 **Biodiversität**

248 Eine hochwertige Boden-, Wald-, Luft- und Wasserqualität bildet die Grundlage
249 für unsere Gesundheit und die Artenvielfalt. Das labile Ökosystem muss vor
250 Übernutzung und Gefährdung geschützt werden. Dank der GRÜNEN wurde eine
251 nationale Biodiversitätsstrategie entwickelt. Doch die neuen Spielregeln wirken
252 nur, wenn sie auch umgesetzt werden. Hier gibt es empfindliche Lücken.
253 Schutzgebiete, insbesondere Moore, Auen, Trockenwiesen und Amphibienlaichgebiete
254 werden zunehmend bedrängt. Nicht allein die Bienen, sondern auch viele andere
255 Insektenarten sind bedroht. Umweltgifte und Mikroplastik schädigen die Natur.
256 Die GRÜNEN wollen das kurzsichtige Denken überwinden. Die Schweiz war beim Wald-
257 und Gewässerschutz, beim Verbot von Phosphat oder mit der Einführung des
258 Katalysators eine Pionierin des globalen Umweltschutzes. Sie soll es wieder
259 werden.

260 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 261 • die von den GRÜNEN initiierte Strategie Biodiversität Schweiz und der
262 zugehörige Aktionsplan mit griffigen Instrumenten und ausreichenden
263 finanziellen und personellen Mitteln bei Bund und Kantonen umgesetzt
264 werden.
- 265 • das Ziel der Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde
266 Nahrung» erreicht wird. Der Einsatz von Pestiziden muss durch die Stärkung
267 der ökologischen Landwirtschaft und eine Lenkungsabgabe rasch
268 eingeschränkt werden. Besonders gefährliche Pflanzenschutzmittel wie
269 Glyphosat oder Neonicotinoide sind sofort aus dem Verkehr zu ziehen.
- 270 • die reduzierten Mehrwertsteuersätze auf Pflanzenschutzmitteln aufgehoben
271 und die Grenzwerte für Umweltgifte in der Gewässerschutzverordnung gesenkt
272 werden.
- 273 • der Aktionsplan Bienengesundheit rasch umgesetzt wird.
- 274 • die Biodiversität auf Landwirtschaftsflächen wieder zunimmt und
275 Biodiversitäts- und Vernetzungsbeiträge nur noch für Massnahmen ausbezahlt
276 werden, welche die Biodiversität nachweislich schützen.
- 277 • die Gewässer rascher renaturiert und ökologisch aufgewertet und Synergien
278 mit Hochwasserschutz- und Raumplanungsmassnahmen genutzt werden.
- 279 • bestehende Naturschutzgebiete vernetzt und ausgeweitet werden und ein
280 konfliktarmes Nebeneinander von Grossraubtieren und Menschen im
281 grenzüberschreitenden Alpenraum gefördert wird. Bedrohte Arten wie Luchs,
282 Wolf, Bär und Biber sollen in überlebensfähigen Populationen erhalten
283 werden.
- 284 • die Neobiota-Strategie des Bundes (Bekämpfung von gebietsfremden Arten,
285 welche hiesige Artenvielfalt und Ökosysteme bedrohen) rasch umgesetzt
286 wird.
- 287 • wir auf umweltschädigende Produktions- und Verpackungsmaterialien
288 (Giftstoffe, Plastiksäcke, Einwegbinde usw.) verzichten und diese durch
289 umweltverträgliche Materialien ersetzen. Eine Zero-Waste-Strategie, die
290 insbesondere den Plastik-Eintrag in die Umwelt stoppt, soll entwickelt und
291 umgesetzt werden.
- 292 • die Gefahren neuer Technologien wie zum Beispiel der Nanotechnologie im
293 Sinne des Vorsorgeprinzips erforscht und deren Risiken abgeschätzt und
294 daraus Konsequenzen gezogen werden.
- 295 • die Lichtverschmutzung ebenso bekämpft wird wie die Luft- oder die
296 Lärmverschmutzung.

297 **3.1.5 Für eine haushälterische Bodennutzung und eine** 298 **konsequente Raumplanung**

299 Die Schweiz wird zugebaut: Fast ein Quadratmeter Grünfläche pro Sekunde
300 verschwindet unter Strassen, Einkaufszentren, Parkplätzen und Gebäuden. Täglich
301 gehen elf Hektare Kulturland verloren. Um die Zersiedelung zu stoppen, setzen
302 sich die GRÜNEN an vorderster Stelle für den Schutz der Landschaft und des
303 Kulturlandes ein. Wir wollen den knappen Boden besser schützen und in den
304 Agglomerationen eine kompakte, familien- und generationenfreundliche

305 Siedlungsentwicklung fördern. Wir kämpfen gegen Rückschritte beim Natur- und
306 Heimatschutz und wollen die nächste Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes
307 grün prägen.

308 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 309 • das revidierte Raumplanungsgesetz (erster Teil) aufgrund von realistischen
310 Bevölkerungsszenarien umgesetzt wird.
- 311 • der Kulturlandschutz gestärkt, die Bodenqualität verbessert, Bauland und
312 Nicht-Bauland getrennt werden. Und dass das Bauen ausserhalb der Bauzone
313 im zweiten Teil der Revision des Raumplanungsgesetzes eingeschränkt wird.
- 314 • eine politische Mehrheit zur Volksinitiative für einen Stopp des Baubooms
315 in Nichtbaugebieten gefunden wird.
- 316 • die Lex Weber (Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative) strikt angewandt
317 wird.
- 318 • die Lex Koller als Massnahme gegen Bodenspekulation mit ausländischem
319 Kapital verschärft wird. Auch Gewerbeliegenschaften und
320 Immobiliengesellschaften sollen unter die Lex Koller fallen.
- 321 • das Know-How über Bau-Qualität und Bau-Kultur für verdichtetes Bauen in
322 der Fachausbildung und bei den zuständigen Gemeindebehörden ausgebaut
323 wird. Ein besonderes Gewicht soll dabei auch auf das Wissen über den
324 einheimischen Baustoff Holz gelegt werden.
- 325 • die Bundesunterstützung für Modellvorhaben zur nachhaltigen
326 Raumentwicklung und für nachhaltige Quartiere weitergeführt wird.
327 Gefördert werden sollen innovative Ansätze für die Siedlungsentwicklung
328 nach innen, die Freiraumentwicklung in den Agglomerationen, die Förderung
329 von preisgünstigem, sozial durchmischtem Wohnraum und von Ökoquartieren.
- 330 • Grünflächen, Freiräume und urbane Gartenareale in Städten und
331 Agglomerationen erhalten und vergrössert werden.
- 332 • eine weitere Aufweichung des Natur- und Heimatschutzes und eine weitere
333 Schwächung des Verbandsbeschwerderechts verhindert werden.
- 334 • Naturschutzgebiete und Naturpärke gefördert werden und eine Strategie für
335 den Erhalt von Wildnisgebieten in der Schweiz erarbeitet wird.

Kapitel 3.2 Die GRÜNEN sind die Partei für eine Wirtschaft mit Zukunft

Gremium: Vorstand GRÜNE Schweiz

Beschlussdatum: 15.12.2018

339 Wir GRÜNE wollen einen grundlegenden Wandel in der Wirtschaftspolitik. Die
340 Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Dazu braucht es einen
341 verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen, so wie ihn die Initiative für eine
342 Grüne Wirtschaft forderte. Weil natürliche Produktionsfaktoren knapp werden und
343 das Wirtschaftswachstum an Grenzen stösst, müssen Rohstoffe, Arbeit, Lohn,
344 Vermögen, Produktivitätsgewinne und Steuerlasten gerecht verteilt werden – in
345 der Schweiz und auch global. Die GRÜNEN treiben die Transformation zu einer
346 sozialen und ökologischen Kreislaufwirtschaft mit verantwortungsbewussten
347 Bürger*innen, Unternehmen und Sozialpartnern voran, damit sie zu einer Chance
348 für alle wird.

349 3.2.1 Für eine grüne Wirtschaft ohne Altlasten und 350 Abfallberge

351 Die Schweiz nimmt heute einen unrühmlichen Spitzenplatz bei der Produktion von
352 Siedlungsabfall und Elektroschrott ein. Und sie ist wie kaum ein anderes Land
353 auf Energie- und Rohstoffe aus anderen Ländern angewiesen. Kein Wunder, fallen
354 73 Prozent der Schweizer Umweltbelastung heute im Ausland an. Weitsichtige
355 Unternehmen zeigen, dass es auch ohne Verschwendung geht: Durch kluge Planung
356 und intelligente Prozesse (Kreislaufwirtschaft) werden Natur und Budget
357 geschont. Internationale Normen und die Revision des Beschaffungsrechts sorgen
358 dafür, dass der Schutz der Umwelt zu einem Wettbewerbsvorteil wird. Die GRÜNEN
359 sind überzeugt: Nur mit einer umweltverträglichen, global verantwortungsvollen
360 Wirtschaft kann die Schweiz langfristig lokale Arbeitsplätze und Wohlstand
361 sichern. Die Wirtschaft braucht die Umwelt – und nicht umgekehrt.

362 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 363 • eine Strategie entwickelt wird, um die Wohlfahrtsökonomie mit dem Ziel
364 eines guten Lebens als Alternative zur kurzsichtigen Wachstumswirtschaft
365 zu stärken.
- 366 • ein neuer Indikator eingeführt wird, der den sozialen Zusammenhalt und die
367 Umweltqualität berücksichtigt und es uns erlaubt, aus der Wachstumslogik
368 auszusteigen.
- 369 • der «Aktionsplan Grüne Wirtschaft» für die Legislatur 2019-2023 erneuert
370 wird. Die nächste Etappe muss zu einer messbaren Senkung des ökologischen
371 Fussabdrucks und zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft führen. Dazu soll
372 der Bund ein Programm zur Förderung von innovativen Modellprojekten für
373 Re-Use-, Sharing- und Reparaturkreisläufe lancieren.
- 374 • ein Innovationsförderprogramm für die Grüne Wirtschaft geschaffen wird –
375 analog zum Förderprogramm Energie (Swiss Competence Centers for Energy
376 Research, SCCER).
- 377 • die lokale, soziale und solidarische Wirtschaft und lokale Geschäfte
378 gefördert werden.

- 379 • Umweltschutz und Arbeitsbedingungen bei der Ausschreibung öffentlicher
380 Aufträge stärker berücksichtigt werden. Das Nachhaltigkeitspotenzial des
381 neuen Beschaffungsrechts muss von Bund, Kantonen und Gemeinden umgesetzt
382 werden.
- 383 • das Umweltschutzgesetz revidiert wird, um die Ressourceneffizienz in der
384 Schweiz zu erhöhen. Basis ist der Gegenvorschlag zur Initiative für eine
385 Grüne Wirtschaft.
- 386 • langlebige Qualitätsprodukte durch eine Verlängerung der Garantiefrieten
387 und durch Auflagen zur Verhinderung von geplanter Verschwendung
388 (Reparaturmöglichkeiten, Bereitstellung von Ersatzteilen usw.) gefördert
389 werden.
- 390 • Importe von besonders umweltschädlichen Rohstoffen wie Holz oder Palmöl
391 aus illegaler Urwaldabholzung gestoppt werden.
- 392 • die Konsument*innen besser über die Nachhaltigkeit von Produkten
393 informiert werden (Labels für Langlebigkeit, sparsamen Ressourceneinsatz
394 oder Reparaturfreundlichkeit).
- 395 • die Emissionen von Fahrzeugen und Geräten laufend und verbindlich gesenkt
396 werden (Top-Runner-Prinzip).

397 **3.2.2 Für gesunde Nahrungsmittel und eine ökologische** 398 **Landwirtschaft**

399 Eine gute und gesunde Ernährung ist den Menschen wichtig. Doch in unserem Essen
400 steckt der Wurm drin. Immer mehr Billigprodukte aus Agrarfabriken und
401 Umweltgifte landen auf unseren Tellern. Wir GRÜNE setzen auf nachhaltig
402 produzierte Lebensmittel, einen vorbildlichen Tierschutz und die Stärkung
403 regionaler, saisonaler Produkte. Gentechnik hat auf Feldern und im Futtertrog
404 nichts verloren. Die Qualität von importierten Lebensmitteln muss durch faire
405 Handelsregeln verbessert werden. Nur mit einer grünen Agrarpolitik können wir
406 den nachkommenden Generationen gesunde Böden und Tiere weitergeben. Die
407 kleinbäuerlichen Landwirtschaftsstrukturen und die direkten Vermarktungskanäle
408 zwischen Landwirt*innen und Konsument*innen müssen weltweit gestärkt werden. Zur
409 Agrarwende gehört aber auch, umweltschädliche Fehlanreize und Subventionen zu
410 beseitigen.

411 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 412 • die pauschale Einkommensstützung mit der «Agrarpolitik 2022-2026» weiter
413 abgebaut wird. Die staatlichen Abgeltungen sollen gezielt für die
414 nachhaltige Produktion von Nahrungsmitteln, für ökologische und
415 gemeinwirtschaftliche Leistungen, für die Pflege der Kulturlandschaft und
416 einen verstärkten Tierschutz eingesetzt werden.
- 417 • die Umweltbelastung durch eine standortgemässe, ökologische
418 Landwirtschaft, technische Innovationen und Lenkungsabgaben auf
419 umweltschädliche Hilfsstoffe wie Pestizide verringert wird. Die in der
420 «Agrarpolitik 2014-2017» formulierten Umweltziele müssen durchgesetzt
421 werden.

- 422 • die Tierschutzvorschriften unter Respekt der Religionsfreiheit
423 durchgesetzt und verschärft werden, und zwar auch beim Import von Tieren
424 oder von tierischen Produkten aus Zucht, Jagd und Produktion. Die Ziele
425 der Initiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz» und der Initiative
426 gegen tierquälere Produkte werden unterstützt.
- 427 • das Gentechnormatorium weitergeführt wird und für neue gentechnische
428 Verfahren wie CRISPR/Cas 9 das Gentechnikgesetz und das Vorsorgeprinzip
429 gelten.
- 430 • Herkunft, Produktionsform und Nachhaltigkeit bei Lebensmitteln besser
431 deklariert werden (Klimaetikette, Einhaltung Schweizer Tierschutznormen
432 usw.).
- 433 • eine verbindliche Strategie gegen Lebensmittelverschwendung gefasst wird.
- 434 • Agrar-Ökosysteme aufgewertet werden – zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit
435 und zur Speicherung von CO₂.
- 436 • die Devise «Fairer Handel statt Freihandel» gilt: Wir wollen die lokalen
437 Agrarmärkte vor Dumpingkonkurrenz und zerstörerischen Freihandelsabkommen
438 schützen, und zwar sowohl hier als auch in den Ländern des Südens. Der
439 Bundesrat muss dazu endlich den Verfassungsauftrag für nachhaltigen Handel
440 in der Land- und Ernährungswirtschaft umsetzen und die bestehenden
441 Handelsinstrumente für die Nachhaltigkeit nutzen.
- 442 • die Pflanzenzüchtungsstrategie Schweiz durch Schaffung und Finanzierung
443 eines Fonds zur ökologischen standortgerechten Pflanzenzüchtung umgesetzt
444 wird.

445 **3.2.3 Für faire Arbeitsbedingungen und Einkommen im** 446 **Zeitalter der Digitalisierung**

447 Grüne Unternehmer*innen machen vor, wie man mit fortschrittlichen
448 Arbeitsmodellen, guten Löhnen und betrieblicher Mitbestimmung erfolgreich sein
449 kann. Auch ältere Arbeitnehmende, benachteiligte Gruppen und IV-Bezüger*innen
450 sollen auf dem Arbeitsmarkt eine faire Chance haben. Dazu müssen die Früchte der
451 Arbeit gerechter verteilt werden. Leider hat sich die Lohnschere in den letzten
452 Jahren weiter geöffnet. Die oberen und obersten Löhne wachsen stärker als die
453 tiefen. Auch die Vermögenskonzentration nimmt zu. Mit der Digitalisierung
454 steigen zudem die Anforderungen an Flexibilität und Weiterbildung. Studien
455 rechnen bis 2030 mit einem Arbeitsplatzabbau von 25 Prozent in der Schweiz. Da
456 reicht Pflasterlipolitik nicht mehr. Es braucht eine grüne
457 Transformationsstrategie für die digitale Arbeitswelt. Und es braucht eine
458 ernsthafte Debatte über neue Formen der Existenzsicherung ausserhalb der
459 Lohnarbeit. Hierfür sollen der Austausch nicht-monetärer Leistungen und die
460 Unentgeltlichkeit gefördert werden. Die digitale Arbeitswelt wird vernetzter,
461 technischer und flexibler sein. Wir GRÜNE wollen, dass sie auch humaner,
462 familienfreundlicher und ökologischer wird. Dafür ist eine Entwicklung zur
463 Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit unerlässlich.

464 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 465 • eine nationale Strategie für die soziale Umsetzung der Digitalisierung
466 erarbeitet und realisiert wird. Alle Arbeitnehmenden sollen Zugang zu den

- 467 neuen Technologien und ein Recht auf Weiterbildung und Umschulung
468 erhalten, wenn sich Branchen und Berufsprofile ändern.
- 469 • der Arbeitsschutz an die digitale Arbeitswelt angepasst wird. Die
470 Arbeitnehmenden sollen vor digitaler Leistungskontrolle und ständiger
471 Erreichbarkeit geschützt werden und mehr Zeitautonomie und
472 Mitbestimmungsrechte erhalten.
 - 473 • Massnahmen gegen die prekäre «Uberisierung» ergriffen werden. Für die
474 sogenannte Plattform-Wirtschaft, also übers Internet vermittelte
475 Dienstleistungen, muss der übliche arbeitsrechtliche und soziale Schutz
476 der Arbeitnehmenden gelten. Dies auch im Sinne von gleichen Spiessen zu
477 den «analogen» Unternehmen.
 - 478 • der Druck auf die Unternehmen, die Tieflohne anzuheben und die
479 Selbstbereicherung in den Chefetagen zu stoppen, zunimmt. Ein Mittel dazu
480 ist die Ausweitung der erleichterten Allgemeinverbindlichkeit von
481 Gesamtarbeitsverträgen und die Einführung von Mindestlöhnen, auch für
482 Praktika.
 - 483 • die flankierenden Massnahmen zum Schutz der ortsüblichen Löhne und der
484 Arbeitsbedingungen konsequent umgesetzt und verstärkt werden.
 - 485 • ältere Arbeitnehmende durch altersneutrale Stellenausschreibungen, die
486 Verbesserung der Arbeitslosenleistungen ab 58 Jahren und die Schaffung
487 eines Weiterbildungsfonds besser geschützt werden.
 - 488 • ein Kompetenzzentrum Inklusion eingerichtet wird, welches die finanzielle
489 und fachliche Unterstützung für die Integration von Menschen mit
490 Behinderungen im ersten Arbeitsmarkt koordiniert und stärkt.
 - 491 • erste konkrete Schritte zu einem bedingungslosen Grundeinkommen
492 unternommen werden – als Antwort auf den Arbeitsplatzabbau durch
493 Digitalisierung und künstliche Intelligenz.

494 **3.2.4 Für einen starken Service Public und eine gerechte** 495 **Steuerpolitik**

496 Wir GRÜNE erwarten nicht alles Heil vom Staat, sondern vertrauen zuerst auf die
497 Selbstverantwortung und die Innovationskraft der Zivilgesellschaft. Doch eines
498 ist klar: Existenzielle Güter wie Wasser, Energie, Bildung,
499 Gesundheitsversorgung, aber auch öffentlicher Verkehr, Post und Kommunikation,
500 soziale Sicherung oder technische Infrastrukturen müssen öffentlich geplant und
501 finanziert werden. Nur so sind sie für alle Menschen und Unternehmen zu fairen
502 Bedingungen zugänglich. Die GRÜNEN fordern, dass sich Gutverdienende, Vermögende
503 und die Wirtschaft angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Leistungen
504 beteiligen. Wo Service Public draufsteht, muss aber auch Service Public drin
505 sein. Mit dem Postautoskandal und den Millionengräbern für IT-Projekte in der
506 Bundesverwaltung wurde viel Vertrauen verspielt. Statt Privatisierungen sind
507 mehr Führungskompetenz und mehr Transparenz bei den zuständigen Behörden
508 gefragt.

509 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 510 • zentrale Güter wie Wasser, Energieversorgung und technische
511 Infrastrukturen in öffentlicher Hand bleiben. Und dass sie transparent,
512 effizient und nachhaltig bewirtschaftet werden.
- 513 • die Corporate Governance-Regeln und die Aufsicht über Leistungen, Löhne
514 und Beschaffungen für die Bundesverwaltung und die bundesnahen Betriebe
515 verstärkt werden.
- 516 • strategische Infrastrukturen im schweizerischen Mehrheitsbesitz bleiben
517 (Ausdehnung Lex Koller).
- 518 • die Grundversorgung mit Bildung, Gesundheit, öffentlichem Verkehr und
519 Kommunikationstechnologie in allen Regionen der Schweiz sichergestellt
520 ist.
- 521 • das Steuersystem stärker harmonisiert wird – mit dem Ziel, die stossende
522 Ungleichbehandlung von Bürger*innen in den verschiedenen Kantonen zu
523 beseitigen. Die Pauschalbesteuerung muss aufgehoben werden.
- 524 • der Steuerföderalismus beschränkt wird. Das soll anhand von nationalen
525 Mindestsätzen bei den Unternehmenssteuern und eine bessere Kontrolle von
526 Steuer-Rulings und Steuerrabatten der kantonalen Wirtschaftsförderung
527 geschehen.
- 528 • eine Kapitalgewinnsteuer eingeführt wird und das Kapitaleinlageprinzip
529 (USR II) und die privilegierte Dividendenbesteuerung (USR I) korrigiert
530 werden.
- 531 • eine aufkommensneutrale, zivilstandunabhängige Individualbesteuerung
532 eingeführt wird.
- 533 • die Weissgeldstrategie und der automatische Informationsaustausch
534 engagiert umgesetzt werden. Dazu brauchen die Steuerbehörden genügend
535 Personal.
- 536 • sich die Schweiz für die Durchsetzung des globalen BEPS-Standards
537 (Besteuerung am Ort der Leistungserbringung) engagiert – als Massnahme
538 gegen das globale Standort- und Steuerdumping. Die Wirtschaftspolitik der
539 Schweiz soll sich auf die Stärkung von Innovation ausrichten und nicht auf
540 das Absaugen von Steuersubstrat aus anderen Ländern.
- 541 • sich die Schweiz stark macht für die Einführung einer europäischen
542 Digitalsteuer für Unternehmen der Plattform-Wirtschaft.
- 543 • eine nationale Erbschaftssteuer eingeführt wird.

544 **3.2.5 Für einen starken Konsument*innenschutz und fairen** 545 **Wettbewerb**

546 Ein griffiger Konsument*innenschutz ist Teil der grünen Wirtschaftspolitik. Nur
547 wer transparent informiert ist, kann sich für nachhaltige, faire und gesunde
548 Produkte und Dienstleistungen entscheiden. Die Schweiz hinkt der Entwicklung
549 hinterher. Denn die Digitalisierung verändert die Konsumwelt rasant. Globale
550 Online-Plattformen wie Amazon und Alibaba spülen Millionen von Produkten in die
551 Schweiz. Dabei nutzen sie Steuerschlupflöcher und fehlende Kontrollen zu ihrem
552 eigenen Vorteil aus. Täuschung, Vertragstrickereien und Missbrauch von Daten

553 gehören zunehmend zum Alltag in der Schweiz. Sie werden durch Unternehmen (zum
554 Beispiel Dieselgate) oder durch Gesetze aktiv gefördert. Auch die Werbung und
555 die sehr schwachen Deklarationsvorschriften bremsen die Nachhaltigkeit beim
556 Konsum. Damit muss Schluss sein. Der Konsument*innenschutz und der Schutz vor
557 unlauterem Wettbewerb sollen in der nächsten Legislatur gestärkt werden.

558 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 559 • der technische Verbraucherschutz gestärkt wird. Langlebige, reparierbare
560 Produkte von hoher Umweltqualität ohne vom Hersteller geplantes
561 Ablaufdatum sollen zur Norm werden.
- 562 • der digitale Verbraucherschutz gestärkt wird. Automatisierte
563 Kund*innenprofile dürfen nur mit Zustimmung der Kund*innen und in
564 definiertem Umfang digital erstellt und müssen zweckgebunden nach fairen
565 Regeln verwendet (und zwingend wieder vernichtet) werden. Digitale
566 Dienstleistungen müssen auch ohne die Erstellung von Kund*innenprofilen
567 zugänglich sein.
- 568 • Herkunft, Produktionsbedingungen und Qualität von Waren und
569 Dienstleistungen transparent deklariert werden.
- 570 • soziale und ökologische Labels, auch bei Waren- und
571 Dienstleistungsimporten (Fair Trade), vereinheitlicht und gestärkt werden.
- 572 • ein konsument*innenfreundliches Versicherungsvertragsgesetz ohne
573 Möglichkeit zur einseitigen Änderung von Vertragsbedingungen oder Prämien
574 ausgearbeitet wird.
- 575 • überhöhte Gewinnmargen bei Import und Handel gesenkt werden. Das soll
576 anhand eines Gegenvorschlags zur Fair-Preis-Initiative der
577 Konsumentenschutzorganisationen geschehen.
- 578 • die Konsument*innenschutz-Verbände finanziell gestärkt werden und ein
579 Sammelklagerecht gegen Täuschung und Betrügereien von Unternehmungen
580 eingeführt wird.
- 581 • gleiche Spiesse (Qualitätsstandards und Steuerbelastung) zwischen globalen
582 Online-Handelsriesen und der lokalen Wirtschaft durchgesetzt werden.
- 583 • die Lebensmittelsicherheit auch im grenzüberschreitenden Onlinehandel
584 gewährleistet wird.
- 585 • gesunde und sichere Spielzeuge für Kinder auch im grenzüberschreitenden
586 Onlinehandel gewährleistet werden.
- 587 • suchtfördernde, ungesunde oder umweltschädigende Produkte und
588 Dienstleistungen wie Tabak, Alkohol oder Flugreisen nicht mehr direkt und
589 indirekt beworben werden.
- 590 • ein Bundesgesetz zur Regulierung von Cannabis ausgearbeitet wird. Es soll
591 den Anbau, Handel, Konsum, Jugendschutz und die Besteuerung regeln und den
592 legalen Konsum ermöglichen.
- 593 • Plattformen zum Austausch von offenen Daten (Open Data) unterstützt
594 werden, um die Entwicklung von neuen Dienstleistungen durch und für die
595 Bevölkerung zu fördern.

Kapitel 3.3 Die GRÜNEN sind die Partei der Vielfalt und der Lebensqualität

Gremium: Vorstand GRÜNE Schweiz

Beschlussdatum: 15.12.2018

596 Wohlstand wird in der offiziellen Politik meist mit Wachstum und Reichtum
597 verwechselt, aber die Überflusgesellschaft ist keine Lösung, sondern das
598 Problem. Doch immer mehr Menschen orientieren sich nicht mehr nur an materiellen
599 Werten, sondern entwickeln kollektive Projekte für mehr Lebensqualität und
600 sozialen Zusammenhalt. Gemeinschaftliche Wohnformen, Vertragslandwirtschaft,
601 Zeittauschsysteme oder Sharing-Netzwerke zeigen, dass das Leben mehr ist als die
602 Maximierung von Profitinteressen. Die GRÜNEN unterstützen diese
603 zukunftsweisenden Ansätze durch politische Rahmenbedingungen und die Stärkung
604 von Mitspracherechten. Um neue Wohn- und Arbeitsformen zu ermöglichen, braucht
605 es zum Beispiel eine fortschrittliche Boden- und Immobilienpolitik. Und mit
606 Open-Source-Lösungen und digitalen Bürger*innenrechten lassen sich neue
607 Kommunikations- und Kulturplattformen vor Kommerzialisierung und Datenmissbrauch
608 schützen. Die Welt ist voller Lösungen. Man muss sie nur packen.

609 3.3.1 Für digitale Bürger*innenrechte und konsequenten

610 Datenschutz

611 Die Digitalisierung hat Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche.
612 Netzpolitik ist daher für die GRÜNEN eine Querschnittsaufgabe. Die GRÜNEN wollen
613 die Chancen der Informationsgesellschaft nutzen, aber auch die Risiken
614 frühzeitig erkennen. Das Internet ist aus Sicht der GRÜNEN nicht nur ein
615 technisches Instrument, sondern ein Ort des Austauschs, der auch für mehr
616 demokratische Mitbestimmung und für eine nachhaltigere Gesellschaft genutzt
617 werden kann und soll. Den grössten Handlungsbedarf sehen die GRÜNEN beim
618 Netzzugang, beim Datenschutz, bei der Reduktion des Energie- und
619 Ressourcenverbrauchs durch die technische Infrastruktur sowie bei der fairen
620 Entschädigung von Urheberrechten. Wir wollen einen gläsernen Staat, nicht
621 gläserne Bürger*innen.

622 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 623 • eine Charta für digitale Bürger*innenrechte verabschiedet wird. Sie soll
624 unter anderem sicherstellen, dass Menschen durch die Digitalisierung nicht
625 vom Zugang zu Gütern, Dienstleistungen oder von der Teilhabe am
626 gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden oder dass Maschinen nicht
627 dafür programmiert werden dürfen, unethische Entscheidungen zu treffen.
- 628 • die Privatsphäre durch ein neues Datenschutzgesetz ausreichend geschützt
629 wird. Das Gesetz soll digitale Grundrechte wie das Recht auf Löschen
630 verankern und der Weitergabe und Verknüpfung von Daten (Big Data) Grenzen
631 setzen.
- 632 • ein leistungsfähiges offenes Netz für alle geschaffen wird, das die
633 Netzneutralität gesetzlich garantiert. Und in der ganzen Schweiz ein
634 erschwinglicher Zugang zum Hochbreitband-Internet vorhanden ist.

- 635 • in Grundrechte wie die Meinungs- oder Informationsfreiheit nur
636 eingegriffen wird, wenn eine gesetzliche Grundlage und ein richterlicher
637 Beschluss bestehen. Und wenn die Eingriffe notwendig und verhältnismässig
638 sind. Das heimliche Ausspionieren von Computern und den Einsatz von
639 Staatstrojanern ohne begründeten Verdacht oder auf Vorrat lehnen wir ab.
- 640 • Cybersicherheit nicht zum Deckmantel für eine Neuauflage des
641 Schnüffelstaates wird. Die anlasslose Vorratsdatenspeicherung muss
642 gestoppt werden. Ausgebaut werden soll dagegen der Schutz vor Cybermobbing
643 und digitaler Hetze. Die Würde und Unversehrtheit der Menschen muss durch
644 die Betreiber öffentlicher Plattformen geschützt werden.
- 645 • der Bund verstärkt Open-Source-Lösungen und durchgehend fair hergestellte,
646 umweltverträgliche Hardware einsetzt. Dazu sollen auch die Spielräume des
647 neuen Gesetzes über die öffentlichen Beschaffungen genutzt werden.
- 648 • alternative Vergütungsmodelle zur gesetzeswidrigen privaten Nutzung
649 urheberrechtlich geschützter Werke (zum Beispiel beim Upload in
650 Tauschbörsen) entwickelt werden. Strafverfolgung und Zugangssperren
651 erachten die GRÜNEN als die falschen Mittel.

652 **3.3.2 Für Medienvielfalt, demokratische Öffnung und** 653 **Transparenz**

654 Die Schweiz ist stolz auf ihre demokratische Tradition. Doch es gibt
655 Reformbedarf. So lassen sich zum Beispiel viele Parteien durch umstrittene
656 Konzerne finanzieren. Oft sitzen die Firmenlobbyisten höchstpersönlich im
657 Parlament und vertreten dort Partikularinteressen statt Gemeinwohl. Die GRÜNEN
658 haben als erste Partei ethische Richtlinien für Parteispenden und die
659 Transparenz der Mittel festgelegt. Solche Spielregeln braucht es auch auf
660 nationaler Ebene für Wahlen und Kampagnen. Zudem müssen Chancengleichheit und
661 der Minderheitenschutz im Wahlsystem endlich durchgesetzt werden. Zu den
662 Grundlagen der Demokratie gehört auch die Medienvielfalt. Diese ist durch die
663 Digitalisierung, Medienkonzentration und den Abbau von Qualität und Leistungen
664 in Gefahr.

665 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 666 • eine Parteienfinanzierung eingeführt wird, die allen Parteien gleiche
667 Spiesse bei den Grundleistungen ermöglicht. Und die Abhängigkeit von
668 privaten Lobbys verkleinert.
- 669 • ein Ja zur von den GRÜNEN mitlancierten Transparenz-Initiative die
670 Einführung von Richtlinien für die Finanzierung von Wahlen und politischen
671 Kampagnen ermöglicht.
- 672 • für Zuwendungen und Abgeltungen im Zusammenhang mit Interessenbindungen
673 und Lobbytätigkeiten im Parlament eine detaillierte Offenlegungspflicht
674 gilt.
- 675 • eine verbindliche Bundesregelung für den Schutz von politischen
676 Minderheiten in kleinen Kantonen mit Majorzwahlsystem gilt.
- 677 • sich der Bund für ein elektronisches Unterschriftensystem für Initiativen
678 und Referenden einsetzt.

- 679 • das Stimmrechtalter 16 eingeführt und eine Kampagne zur Förderung der
680 Medienbildung und der Medienkompetenz von Jugendlichen und jungen
681 Erwachsenen durchgeführt wird.
- 682 • das Recht zur politischen Mitsprache und Beteiligung auch für Menschen mit
683 einem ausländischen Pass gilt.
- 684 • unabhängige publizistische Medienleistungen sowie die Medienvielfalt und
685 die Medienqualität mit dem neuen Mediengesetz gezielt gefördert werden.
- 686 • eine neue Verfassungsgrundlage für die direkte Medienförderung bei
687 privaten Angeboten geschaffen wird. Damit Vielfalt, Qualität und
688 Demokratierelevanz der Medien erhalten bleiben.
- 689 • eine Strategie für die Erneuerung der Service-Public-Medien (SRG und
690 regionale Private) im Zeitalter der Digitalisierung formuliert wird. Der
691 Service Public muss sich gegenüber der Gesellschaft öffnen und die
692 Vielfalt der Meinungen und Lebenswirklichkeiten reflektieren.
- 693 • Massnahmen zur Aufdeckung von Fake-News-Kampagnen ergriffen und ein
694 Qualitätslabel für Internetplattformen geschaffen wird.

695 **3.3.3 Für lebendige Quartiere und bezahlbare Wohnungen in** 696 **Städten und Agglomerationen**

697 Städte sind Motor der Veränderung und Laboratorien für Innovation. Ein
698 haushälterischer Umgang mit dem Boden muss Wohnen und Arbeiten wieder
699 zusammenbringen und die Siedlungsentwicklung nach innen fördern. Anbauen und
700 Aufstocken lautet die Devise. Sie findet allerdings nur Akzeptanz, wenn dabei
701 auch die Lebensqualität stimmt und bezahlbarer Wohnraum erhalten bleibt. Die
702 GRÜNEN setzen sich wie keine andere Partei für urbane Grün- und Freiräume und
703 eine hochstehende Planungs- und Baukultur ein. Wir wollen auch die Boden- und
704 Wohnungsspekulation stoppen, denn nur so gibt es bezahlbare Mieten und Raum für
705 Nachbarschaften, Familien und öffentliche Begegnungsorte. Für die GRÜNEN ist
706 Wohnen ein Grundrecht. Entscheidend für das Leben in Städten und Agglomerationen
707 ist aber auch eine grüne Verkehrspolitik. Der Bund kann all diese Aufgaben nicht
708 an Gemeinden und Kantone delegieren, sondern muss selber mehr Verantwortung
709 übernehmen.

710 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 711 • der Bund sich verstärkt für die Verdichtung und Aufwertung im städtischen
712 Raum engagiert. Dazu gehören unter anderem Mindestvorschriften für die
713 Ausnutzung und Belegung von Flächen, die Förderung der modularen Bauweise
714 und die Sicherung von öffentlichen Grünräumen in den Quartieren und
715 Agglomerationen (Spielplätze, Pärke und Freihaltezonen).
- 716 • planerische Auflagen für den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum in den
717 Städten und Agglomerationen in der zweiten Etappe der Revision des
718 Raumplanungsgesetzes umgesetzt werden. Darunter fallen zum Beispiel
719 Mindestquoten für preisgünstigen Wohn- und Gewerberaum oder
720 Genossenschaften sowie ein Vorkaufsrecht für Gemeinden.
- 721 • der Bund gemeinnützigen Wohnbauträger*innen Landreserven von SBB,
722 armasuisse und anderen bundesnahen Betrieben günstig zur Verfügung stellt.

- 723 • die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus intensiviert und das
724 Mietrecht verstärkt wird (Kontrolle der Anfangsmieten, Formularpflicht,
725 besserer Kündigungsschutz). Die GRÜNEN wollen der Wohn-Initiative des
726 Mieter*innenverbandes zum Durchbruch verhelfen.
- 727 • bei Sanierungen und Umbauten nur noch real wertsteigernde Investitionen
728 auf die Miete aufgeschlagen werden können. Die Möglichkeit zur pauschalen
729 Abwälzung von 50-70 Prozent der Kosten bei Gesamtsanierungen ist
730 aufzuheben.
- 731 • der Rahmenkredit für den Fonds de Roulement zur Förderung zinsgünstiger
732 Darlehen für den sozialen Wohnungsbau um 500 Millionen Franken aufgestockt
733 wird.
- 734 • Bund, Kantone und Städte flexible, generationenübergreifende Wohnformen
735 und ökologische Nachbarschaften fördern. Eine departements- und
736 ämterübergreifende Agentur für Nachbarschaftsentwicklung soll die Projekte
737 und Prozesse begleiten.
- 738 • nach dem klaren Ja zum Bundesbeschluss Velo mehr Bundesmittel für den
739 Veloverkehr in Städten und Agglomerationen und für die Verbesserung der
740 Verkehrssicherheit, insbesondere auf den Schulwegen, eingesetzt werden.

741 **3.3.4 Für neue Perspektiven in den Berggebieten**

742 Die GRÜNEN sind in den Städten und Agglomerationen gut vertreten. Aber auch in
743 den ländlichen Kantonen und in den Bergregionen ist grüne Politik gefragt. Die
744 Klimaerhitzung bedrängt Tourismus und Landwirtschaft. Nur eine Vorwärtsstrategie
745 bringt den Berggebieten neue Perspektiven. Dabei können sie auf bestehenden
746 Stärken aufbauen: Auf den einzigartigen Landschaften, dem kulturellen Reichtum,
747 dem (noch knapp) flächendeckenden Service Public und einer stark verwurzelten
748 Bevölkerung. Mit einer Reform der Tourismusstrukturen, mit grüner Energie oder
749 mit neuen Vermarktungsformen für regionale Produkte lassen sich nachhaltige
750 Wirtschaftsimpulse setzen. Auch die Digitalisierung bringt neue Chancen in die
751 Randregionen. Je offener die Menschen für Veränderungen sind, desto positiver
752 lassen sich diese gestalten.

753 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 754 • die politische Partizipation, die Erneuerungsfähigkeit und die
755 Zukunftsorientierung in den Berggebieten durch die Reform der Wahlsysteme
756 (Proporz) und durch Gemeindegemeinschaften gestärkt werden.
- 757 • der Bund den Strukturwandel in den Berggebieten (als Alternative zum Bau
758 von Zweitwohnungen und unökologischen Grossevents wie den Olympischen
759 Spielen) aktiv unterstützt. Die nächste Etappe der «Neuen Regionalpolitik»
760 muss noch stärker auf nachhaltigen Tourismus und die Stärkung der
761 regionalen Wirtschaftskreisläufe ausgerichtet sein. Mit einem Programm zur
762 energetischen Sanierungen des Gebäudeparks sollen dezentrale Ausbildungs-
763 und Arbeitsplätze gesichert werden.
- 764 • die Wasserkraft auch künftig in öffentlicher Hand bleibt. Heimfälle sollen
765 in kantonalen Gesellschaften erfasst werden, die sich einer nachhaltigen
766 Strategie im Sinne einer natur- und landschaftsverträglichen Energiewende
767 verpflichten. Dazu gehört auch die Nutzung von Solarenergie, Windenergie
768 und Biomasse.

- 769 • angemessene Wasserzinsen garantiert werden und die strategische
770 Reservehaltung von Stauseen entschädigt wird. Letzteres soll neben der
771 Versorgungssicherheit auch die wirtschaftliche Wertschöpfung in den
772 Alpengebieten stärken.

- 773 • die Grundversorgung in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kommunikation
774 und öffentlichem Verkehr trotz Spardruck gesichert und modernisiert wird,
775 um die Abwanderung zu stoppen. Die Digitalisierung ist eine Chance für die
776 Berggebiete.

- 777 • das in der Verfassung verankerte Verlagerungsziel im alpenquerenden
778 Güterverkehr ohne Abstriche umgesetzt wird. Die GRÜNEN fordern die rasche
779 Einführung der Alpentransitbörse und die Sicherung der Bahntrassen für den
780 wachsenden Güterverkehr. Die zweite Gotthardstrassenröhre darf nicht zu
781 einer Kapazitätserhöhung führen.

Kapitel 3.4 Die GRÜNEN sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit und der Chancengleichheit

Gremium: Vorstand GRÜNE Schweiz

Beschlussdatum: 15.12.2018

779 Die GRÜNEN setzen sich für eine politische Kultur ein, welche die individuelle
780 Freiheit mit sozialer Verantwortung verbindet. Wir sind überzeugt, dass eine
781 pluralistische Gesellschaft nur auf dem Fundament des Rechtsstaates und in
782 gegenseitigem Respekt und Offenheit funktionieren kann. Auch die
783 Chancengleichheit und die Rechte von Minderheiten sind Grundpfeiler der modernen
784 Demokratie. Durch die wachsenden Ungleichheiten bei Lohn, Vermögen oder bei der
785 Bildung wird der soziale Zusammenhalt zunehmend in Frage gestellt. Wir GRÜNE
786 wollen die sozialen Sicherungsnetze so stärken, dass niemand durch die Maschen
787 fällt. Ein guter Service Public stellt Bildung, Gesundheitsversorgung und die
788 Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle sicher.

789 **3.4.1 Für soziale Sicherheit in allen Lebenslagen und eine** 790 **moderne Familienpolitik**

791 Keine Partei hat die gesellschaftliche Öffnung in der Schweiz so geprägt wie die
792 GRÜNEN. Ob Menschen in Wohngemeinschaften zusammenleben, als Patchwork-Familien
793 oder als gleichgeschlechtliche Paare durchs Leben gehen, führt heute
794 glücklicherweise zu keinem Aufschrei mehr. Auch das Zusammenleben der
795 Generationen ist vielfältiger geworden. Nun müssen auch die sozialen
796 Unterstützungs- und Sicherheitsnetze an die neuen Lebensrealitäten angepasst
797 werden. Die grüne Sozialpolitik ist nicht mehr auf die traditionelle Familie
798 ausgerichtet, sondern berücksichtigt die Vielfalt der Lebenslagen und das
799 Gleichstellungsgebot. Sie orientiert sich zudem an einem zentralen
800 Verfassungsgrundsatz: «Die Stärke des Volkes misst sich am *Wohl der Schwachen*.»
801 Hier gibt es viel zu tun.

802 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 803 • die Sozialpolitik dahingehend reformiert wird, dass Eltern und Kindern
804 unabhängig vom Familienmodell, von Einkommen oder Herkunft ein
805 wirtschaftlich abgesichertes Leben führen können. Dabei müssen
806 insbesondere die Care-Arbeit bei Unterhalts- und Vorsorgeregelungen (zum
807 Beispiel die Einführung von Betreuungsgutschriften bei der beruflichen
808 Vorsorge) berücksichtigt und Steuerabzüge durch ein sozial gerechteres
809 Zulagensystem ersetzt werden. Bei Krankheit des betreuenden Elternteils
810 muss die dann notwendige externe Kinderbetreuung finanziert werden.
- 811 • ein nationales Rahmengesetz für die Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen
812 für Familien eingeführt werden.
- 813 • eine Elternzeit von 28 Wochen eingeführt wird (finanziert über die
814 Erwerbsersatzordnung), wovon mindestens acht Wochen vom Vater bezogen
815 werden müssen.
- 816 • sich das Projekt «AHV 21» und die Reform der beruflichen Vorsorge am Ziel
817 orientieren, ein würdiges Leben im Alter zu ermöglichen. Der einmalig
818 erhöhte Finanzbedarf der Baby-Boom-Generation soll mit einem AHV-
819 Staatsfonds aufgefangen werden.

- 820 • eine Pensionierung à la Carte ermöglicht wird, die das
821 Berufseintrittsalter und die Gesundheitsbelastung im Erwerbsleben besser
822 berücksichtigt. Alterszeitzeitmodelle sollen auf der Basis des
823 Referenzalters 64/65 den schrittweisen Übergang in die Rente ermöglichen.
824 Ältere Arbeitslose sollen in ihrer Pensionskasse verbleiben können.
- 825 • die Mietzinsmaxima und Zuschläge für betreutes Wohnen im Rahmen der Reform
826 der Ergänzungsleistungen erhöht werden.
- 827 • die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gestärkt
828 wird. Bildungsinstitutionen, Arbeitsmarkt, öffentlicher Raum,
829 Mobilitätsangebote und Sozialversicherungen müssen so weiterentwickelt
830 werden, dass Menschen mit Behinderungen ein würdiges und möglichst
831 selbstbestimmtes Leben führen können.

832 **3.4.2 Für eine sozial finanzierte Gesundheitsversorgung**

833 13 Prozent des Bruttoinlandprodukts, also pro Einwohner rund 10'000 Franken,
834 wenden wir jährlich für unsere Gesundheit auf. Ein reiches Land kann das als
835 Solidargemeinschaft stemmen – wenn sie die Kosten richtig steuert. Obwohl die
836 meisten von uns mit der Hausärztin, dem Spital in der Region oder ihrem
837 Physiotherapeuten zufrieden sind, krankt das Gesundheitswesen an immer mehr
838 Gebrechen: Für viele Versicherte sind die Prämien nicht mehr tragbar. Besonders
839 unübersichtlich und mit falschen Anreizen versehen ist die Finanzierung der
840 Alterspflege; es wird zu wenig getan, um Krankheit zu vermeiden oder zu
841 verzögern. Die Versorgung ist zersplittert, die Patient*innen werden oft
842 unkoordiniert hin und her geschoben. Und es wird immer noch zu viel, unnötig
843 oder ungenügend behandelt. All diese Probleme lassen sich nicht mit mehr Markt
844 verbessern. Denn Gesundheit funktioniert nicht nach dem Wettbewerbsprinzip. Es
845 braucht vielmehr kluge staatliche Regeln zum sozialen Ausgleich, zur
846 Kostendämpfung und für die Gesundheitsförderung. Wir GRÜNE haben dafür gute
847 Rezepte.

848 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 849 • fünf Prozent der Prämienfelder für Projekte und Massnahmen der
850 Gesundheitsförderung und der medizinischen Prävention eingesetzt werden.
- 851 • die Prämien zehn Prozent des Haushaltseinkommens nicht übersteigen. Die
852 Kantone müssen dazu verpflichtet werden, mindestens ebenso viel an die
853 Prämienverbilligung zu bezahlen, wie dies der Bund tut, und die Beiträge
854 der Kostenentwicklung anzupassen. In den letzten Jahren wurden die
855 Prämienverbilligungen zum Spielball kantonaler Sparpolitik. Das muss ein
856 Ende haben.
- 857 • die Finanzierung der Alterspflege reformiert wird. Für flexible Modelle
858 der Altersbetreuung – zuhause, bei betreutem Wohnen, in Pflegeheimen, bei
859 Demenz – müssen angepasste Finanzierungs- und Vergütungsinstrumente
860 geschaffen werden.
- 861 • eine Strategie zur Förderung von integrierten Versorgungsmodellen
862 ausgearbeitet wird. Die zunehmende Spezialisierung der Medizin führt zu
863 noch mehr Schnittstellen in der Behandlungskette. Mit Vorgaben im
864 Krankenversicherungsgesetz sollen die Leistungserbringer zu mehr
865 Zusammenarbeit verpflichtet werden. Versorgungskoordination und
866 Patient*innenbegleitung im Behandlungsprozess müssen vergütet werden.

- 867 • mit der Förderung von Komplementärmedizin in Anwendung, Lehre und
868 Forschung ein verstärkter Beitrag zu einer kostengünstigen und
869 ganzheitlichen Gesundheitsversorgung geleistet wird.
- 870 • mit der Entwicklung von Behandlungspfaden und Behandlungsleitlinien
871 unnötige und unzweckmässige Behandlungen vermieden werden.
- 872 • Medikamentenzulassungen, medizinische Planung und Forschung unabhängig von
873 der direkten oder indirekten Finanzierung der Pharmaindustrie gemacht
874 werden (externe Expert*innen, Kommissionen und Lehre der Medizin
875 inbegriffen).
- 876 • öffentliche kantonale oder eine öffentliche nationale Krankenkasse
877 eingeführt werden, die für alle Leistungen zuständig sind, die durch die
878 obligatorische Krankenversicherung abgedeckt sind.

879 **3.4.3 Für die Gleichstellung von Frau und Mann und mehr**

880 **Gendergerechtigkeit**

881 Die GRÜNEN sind die Vorkämpfer*innen der Gleichstellungspolitik. Früher und
882 konsequenter als alle anderen Parteien haben wir unsere Hausaufgaben gemacht.
883 Die Hälfte aller grünen Mandate in Parlamenten und Exekutiven sind heute von
884 Frauen besetzt. Gleichstellung ist auch in den Führungsgremien eine
885 Selbstverständlichkeit. In Politik und Wirtschaft dagegen ist dieses Ziel noch
886 lange nicht erreicht. Frauen sind in vielen Berufen untervertreten und werden
887 bei Löhnen und Renten diskriminiert. Wir GRÜNE setzen uns für eine bessere
888 Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gegen Sexismus, für Lohngleichheit und die
889 Aufwertung der sozialen Berufe ein. Für uns ist die Gleichstellung nicht einfach
890 ein Frauenthema. Auch Männer wollen sich aus dem traditionellen Rollenkorsett
891 befreien und engagieren sich für die grüne Gleichstellungspolitik.

892 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 893 • jeder Mensch das Geschlecht frei wählen kann und sich nicht entscheiden
894 muss, als Frau oder Mann zu leben.
- 895 • die Überwindung von Geschlechterstereotypen in Familie, Bildung,
896 Ausbildung und Beruf zu mehr Wahlfreiheit führt. Dazu braucht es konkrete
897 Projekte und innovative Kampagnen in verschiedenen Gesellschaftsbereichen.
- 898 • Familie und Beruf besser vereinbar sind. Dafür braucht es ein Recht auf
899 bezahlbare Kinderbetreuungsplätze für alle, aber auch
900 familienfreundlichere Ausbildungs- und Arbeitsmodelle (flexible
901 Arbeitszeiten, Home-Office-Days) und genügend Tagesschulen.
- 902 • die Arbeitgeber*innen in die Finanzierung der familienergänzenden
903 Kinderbetreuung stärker eingebunden werden – wie es der Kanton Waadt
904 vormacht. Nur so kann verhindert werden, dass mittelständische
905 Familienbudgets wegen hoher Betreuungstarife trotz Zweiteinkommen sinken.
- 906 • Eltern gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt besser geschützt werden.
- 907 • Teilzeitstellen für Männer gefördert werden.
- 908 • die Wochenarbeitszeit für die Vereinbarkeit von Erwerbs-, Familien-,
909 Hausarbeit, gesellschaftlichem Engagement und Freizeit reduziert wird.

- 910 • Jobsharing gefördert wird, insbesondere bei Führungspositionen.
- 911 • die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern durchgesetzt wird. Dazu
912 braucht es eine Kampagne gegen Geschlechterstereotypen bei Berufswahl und
913 Ausbildung und verbindliche Lohnanalysen und -kontrollen.
- 914 • eine Mindestvertretung von Frauen in den Führungsfunktionen der
915 Bundesverwaltung und der bundesnahen Betriebe gilt und
916 Geschlechterrichtwerte in Unternehmen durchgesetzt werden.
- 917 • die ausgewogene Vertretung beider Geschlechter im Bundesrat und im
918 nationalen Parlament verbindlich geregelt wird.
- 919 • Frauenhäuser stärker unterstützt, Kinderschutz und Opferhilfe im Rahmen
920 der Istanbul-Konvention ausgebaut und daneben auch Präventionsprojekte und
921 niederschwellige Angebote im Bereich der Täterarbeit unterstützt werden.
- 922 • die Schule die Gleichberechtigung und die Selbstbestimmung stärkt, statt
923 traditionelle Geschlechterrollen zu zementieren.

924 **3.4.4 Für den breiten Zugang zu Bildung, Ausbildung und** 925 **Kultur**

926 Die Schweiz ist arm an Rohstoffen, aber reich an Innovationsgeist und Kultur.
927 Diese gedeihen nur in einem Klima von Offenheit und Toleranz. Und sie leben vom
928 grenzüberschreitenden Austausch der Ideen und Menschen. Wir GRÜNE wollen die
929 internationalen Partnerschaften von Universitäten, Fachhochschulen, Forschung
930 und Kultur gegen die rechtsnationale Abschottungspolitik und die Sparapostel
931 verteidigen. Wir wenden uns aber auch gegen die Tendenz, Wissen zu privatisieren
932 und auf kurzfristigen wirtschaftlichen Nutzen auszurichten. Die GRÜNEN stehen
933 ein für ein ganzheitliches, vielfältiges, integratives Bildungswesen und einen
934 hochstehenden und vernetzten Forschungs- und Kulturplatz Schweiz. Der
935 Berufsbildungsweg mit Berufsmaturität und Fachhochschulen soll dabei
936 gleichwertig neben dem akademischen Bildungsweg stehen. Wer den Einstieg in eine
937 Ausbildung verpasst hat, soll eine zweite Chance erhalten.

938 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 939 • genügend Mittel für Bildung und Ausbildung auf allen Stufen des föderalen
940 Bildungssystems vorhanden sind.
- 941 • die Bildung für nachhaltige Entwicklung gestärkt wird und die Förderung
942 personaler und sozialer Kompetenzen im Sinne von «soft skills» auch im
943 Zeitalter der Digitalisierung hochgehalten wird.
- 944 • die Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung durch den Ausbau und die
945 Harmonisierung des Stipendienwesens sowie familien- und berufsbegleitende
946 Studiengänge gefördert werden. Sozialhilfe für Jugendliche soll durch
947 Stipendien ersetzt werden.
- 948 • die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe stärker gefördert und anerkannt
949 wird, zum Beispiel mit einem Bonus-Malus-System im Gesundheitswesen oder
950 bei den öffentlichen Beschaffungen.

- 951 • Jugendliche und Erwachsene ohne Berufsabschluss eine zweite Chance
952 erhalten. Berufsschulen sollen auch bei einem späten Lehrstellenantritt
953 unentgeltlich bleiben und Betriebe sollen durch Anreize dazu ermuntert
954 werden, Nachqualifikationen zu ermöglichen.
- 955 • Sans-Papiers-Kinder weiterhin die Schule besuchen oder eine Ausbildung
956 absolvieren können.
- 957 • die Schweizer Beteiligung an den Europäischen Forschungs- und
958 Kulturprogrammen weitergeführt wird.
- 959 • die Schweizer Beteiligung an Europäischen Austauschprogrammen für
960 Schüler*innen und Studierende weitergeführt und auf die Berufsbildung
961 ausgedehnt wird.
- 962 • transparente und klare Regelungen für Sponsoringverträge und für
963 Nebeneinkommen von leitenden Hochschulangestellten an allen Hochschulen
964 gelten.
- 965 • die finanziellen Mittel für die Kulturbotschaft 2021-2024 und der
966 Rahmenkredit für Bildung, Forschung und Innovation 2021-2024
967 sichergestellt werden.

968 **3.4.5 Für eine Demokratie ohne Diskriminierung, Ausgrenzung** 969 **und Rassismus**

970 Die GRÜNEN setzen sich an vorderster Stelle für die Respektierung der
971 Menschenrechte und für den Schutz von Minderheiten ein. Niemand soll aufgrund
972 von Herkunft, Alter, Religion, Geschlecht, Lebensform, sexueller Orientierung,
973 körperlichen und geistigen Einschränkungen oder Sprache diskriminiert und
974 ausgegrenzt werden. Bereits vor 20 Jahren haben die GRÜNEN im Parlament die Ehe
975 für alle gefordert. Der Vorstoss fand damals keine Mehrheit, hat aber den Weg
976 für die eingetragene Partnerschaft geebnet. Nun ist es höchste Zeit für den
977 nächsten Schritt. Die GRÜNEN sind überzeugt davon, dass Gleichstellung,
978 Toleranz, Vielfalt und gegenseitiger Respekt die Richtschnur für ein gutes
979 Zusammenleben sind. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle ihren Platz haben
980 und das Zusammenleben mitgestalten können.

981 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 982 • die Ehe vollumfänglich für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet wird und
983 diese im Adoptionsverfahren und in der Fortpflanzungsmedizin
984 gleichgestellt sind.
- 985 • Ehepaare, eingetragene Partnerschaften und Konkubinate im Steuer- und
986 Sozialversicherungsrecht gleichbehandelt werden.
- 987 • ein «drittes Geschlecht» eingeführt und in den gesetzlichen Bestimmungen
988 auf den Geschlechtsbezug verzichtet wird, mit Ausnahme der Bereiche, wo
989 die Geschlechtsangabe zwingend ist (beispielsweise im Falle der
990 Schwangerschaft).
- 991 • die Einbürgerung von binationalen Paaren in eingetragener Partnerschaft
992 erleichtert wird und die Verfolgung und Diskriminierung von LGBTIQ*
993 Menschen im Asylverfahren als Asylgrund anerkannt werden.

- 994 • bei intersexuellen Kindern geschlechtszuordnende Operationen ohne
995 medizinische Notwendigkeit verboten werden.

- 996 • eine breit angelegte Kampagne gegen rassistische, sexistische oder homo-
997 und transphobe Inhalte auf Social Media durchgeführt wird.

- 998 • ein starker Schutz vor Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Ethnie,
999 Religion, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität (LGBTIQ*)
1000 garantiert wird.

- 1001 • Gewalt aufgrund von Rasse, Ethnie, Religion, sexueller Orientierung oder
1002 Geschlechtsidentität (LGBTIQ*) statistisch erfasst wird. Diese Erfassung
1003 soll auch auf Bereiche des strukturellen Rassismus ausgeweitet werden, wie
1004 sie bei Racial Profiling der Fall ist.

- 1005 • der interreligiöse Dialog gefördert und die Religionsfreiheit im Rahmen
1006 der verfassungsmässigen Grundrechte garantiert wird.

- 1007 • ein Aktionsplan für die Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention und
1008 des Behindertengleichstellungsgesetzes erstellt wird. Dieser soll klare
1009 und nachweisbare Ziele wie barrierefreie Dienstleistungen auf allen
1010 Staatsebenen, aber auch im privaten Bereich und in den Medien enthalten
1011 und umsetzen.

Kapitel 3.5 Die GRÜNEN sind die Partei der Offenheit und der Menschenrechte

Gremium: Vorstand GRÜNE Schweiz

Beschlussdatum: 15.12.2018

1012 Die Globalisierung verändert die Rolle der demokratischen Staaten. Einseitige
1013 Handelsverträge und Investitionsschutzabkommen hebeln die Rechte der
1014 Bürger*innen aus und geben sie in die Hände von internationalen Grosskonzernen.
1015 Die GRÜNEN wollen die Globalisierung in ökologische, soziale und demokratische
1016 Bahnen lenken. Als stark vernetzter Wirtschaftsstandort und globaler Finanzplatz
1017 kommt der Schweiz dabei eine besondere Rolle zu. Die Schweiz soll mit ihrer
1018 Wirtschaftspolitik die nachhaltige Entwicklung, die Konzernverantwortung und den
1019 fairen Handel stärken. Und sie soll ihre humanitäre Tradition, die
1020 Menschenrechte und die Friedensförderung zur Leitschnur ihrer Aussenpolitik
1021 machen.

1022 3.5.1 Für eine gute Nachbarschaft mit Europa und der Welt

1023 Die GRÜNEN setzen sich für gute Beziehungen zu unseren Nachbarländern und
1024 gerechtere Spielregeln für die globalen Märkte ein. Die Schweiz soll eine
1025 verlässliche Partnerin in der internationalen Gemeinschaft sein und einen
1026 engagierten Beitrag zur Förderung von Demokratie, Wohlstand, Frieden, Sicherheit
1027 und dem Erhalt der ökologischen Lebensgrundlagen leisten. Grosser Handlungsdruck
1028 besteht in Europa. Die Schweiz ist ein Teil Europas. Wir GRÜNE streben gemeinsam
1029 mit unseren europäischen Schwesterparteien ein demokratisch, sozial und
1030 ökologisch erneuertes Europa mit Respekt der Menschenrechte an.

1031

1032 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 1033 • der bilaterale Weg durch einen fairen Rahmenvertrag und eine engere
1034 Zusammenarbeit gestärkt wird, insbesondere in den Bereichen Bildung,
1035 Forschung und Umweltschutz. Der Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen
1036 muss dabei gestärkt werden.
- 1037 • die Schweiz mit den EU-Behörden zusammen das Ortsprinzip gegenüber dem
1038 Herkunftsprinzip (Cassis-de-Dijon) durchsetzt. Nur so können wir Sozial-
1039 und Ökodumping und damit eine Spaltung Europas verhindern.
- 1040 • die Nachhaltigkeitsziele der UNO (Social Development Goals) vorbildlich
1041 durch die Schweiz umgesetzt werden.
- 1042 • sich die Schweiz verstärkt für eine soziale, ökologische und
1043 friedensfördernde Politik der internationalen Organisationen engagiert.
1044 Sie muss zudem mindestens 0,7 Prozent des BIP in die
1045 Entwicklungszusammenarbeit investieren.
- 1046 • der Beitrag der Schweiz an den internationalen Klimafonds nicht aus dem
1047 Entwicklungsbudget, sondern verursachergerecht durch eine CO₂-Abgabe auf
1048 Brenn- und Treibstoffen finanziert wird.

- 1049 • bessere Spielregeln für die global agierenden Finanzmärkte zur
1050 Verhinderung von Pleiten, Crashes und staatlichen Rettungsaktionen gelten.
1051 Die Eigenkapitalvorschriften müssen weiter verschärft und der Handel mit
1052 Finanzprodukten und Rohstoffen besser überwacht und gesteuert werden. Die
1053 Schweiz soll dabei nicht nur internationales Recht nachvollziehen, sondern
1054 im Kampf gegen globale Steueroasen und Finanzmarktrisiken eine aktive
1055 Rolle übernehmen. Ein zentraler Schritt ist die Einführung einer globalen
1056 Finanztransaktionssteuer.

1057 **3.5.2 Für Friedenspolitik und Abrüstung**

1058 Keine andere Partei hat die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge so klar abgelehnt
1059 wie die GRÜNEN. Der Erfolg des Gripen-Referendums war der Auftakt für weitere
1060 Armereformen. Doch der Rechtsrutsch von 2015 hat den Reformeifer in sein
1061 Gegenteil verkehrt. Für die GRÜNEN ist klar, dass die Armee stark reduziert
1062 werden muss und keine zivilen Aufgaben übernehmen darf. Auf die Zunahme der
1063 globalen Konflikte soll nicht mit Aufrüstung reagiert werden, sondern mit einem
1064 Ausbau der zivilen Friedensförderung und einem strikten Verbot der
1065 Waffenexporte. Weil nur die UNO eine Grundlage für den Weltfrieden bilden kann,
1066 fordern wir deren Stärkung gegenüber Militärbündnissen wie der Nato, die nicht
1067 universelle, sondern Sonderinteressen vertreten. Durch die Verbannung von Waffen
1068 aus dem privaten Umfeld soll auch die Sicherheit im Inneren verbessert werden.

1069 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 1070 • sich die Schweiz für ein internationales Abkommen zur weltweiten Ächtung
1071 von vollautonomen Waffensystemen (Roboterwaffen) engagiert.
- 1072 • die Schweiz sofort den internationalen Atomwaffensperrvertrag ratifiziert.
1073 Das Abkommen sieht ein Verbot der Entwicklung und Lagerung von Atomwaffen
1074 sowie der Androhung ihres Einsatzes vor.
- 1075 • ein Ja zur Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von
1076 Kriegsmaterialproduzenten» der Jungen GRÜNEN zustande kommt und somit
1077 Investitionen in die Rüstungsindustrie verhindert werden.
- 1078 • die Armee und das Militärbudget verkleinert werden.
- 1079 • die Wehrpflicht abgeschafft wird.
- 1080 • der Dienst in Teilzeit geleistet werden kann, um modernen Familienbildern
1081 und Teilzeitarbeitenden gerecht zu werden.
- 1082 • eine neue, überdimensionierte Kampfjet-Beschaffung verhindert wird.
- 1083 • auf innere und zivile Einsätze der Armee und auf militärische
1084 Auslandeinsätze verzichtet wird. Sicherheit im Innern ist Aufgabe einer
1085 gut ausgebildeten Polizei.
- 1086 • der Zivildienst dem Militärdienst gleichgestellt und auch für Frauen und
1087 Ausländer*innen auf freiwilliger Basis offen ist.
- 1088 • jegliche Waffenexporte verboten werden.
- 1089 • jegliche Rüstungszusammenarbeit und Militärkooperation mit dem ganzen
1090 Nahen Osten gestoppt wird.

- 1091 • die Schweiz aus der Partnership for Peace der Nato austritt und sich
1092 stattdessen verstärkt in der UNO und in der OSZE engagiert.
- 1093 • das langjährige Engagement für einen gerechten Frieden zwischen Israel und
1094 Palästina wiederaufgenommen wird.
- 1095 • Ordonnanzwaffen in Zeughäusern oder Schiessständen aufbewahrt und alle
1096 Waffen registriert werden.

1097 **3.5.3 Für fairen Handel und Rechte ohne Grenzen**

1098 Die Schweiz ist mit der globalen Wirtschaft vernetzt wie kaum ein anderes Land.
1099 Als rohstoffarmes Land ist sie auf Austausch und globale Nachhaltigkeit
1100 besonders angewiesen. Gleichzeitig beherbergt sie den grössten Offshore-
1101 Finanzplatz und den zweitgrössten Rohstoffhandelsplatz der Welt. Für die GRÜNEN
1102 ist klar, dass diese Sonderrolle mit entsprechender Verantwortung verbunden ist.
1103 Die in der Schweiz ansässigen Multis müssen weltweit die nachhaltige Entwicklung
1104 und die Menschenrechte fördern. Damit die ungebremste Globalisierung nicht zu
1105 mehr Verlierer*innen und nationaler Abschottung führt, müssen faire Spielregeln
1106 die Akzeptanz und die Nachhaltigkeit des globalen Handels fördern. Armut, Not
1107 und prekäre Migration lassen sich nur mit «Rechten ohne Grenzen» stoppen.

1108 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 1109 • ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative beziehungsweise zu einem
1110 wirkungsvollen Gegenvorschlag zustande kommt. Es braucht eine verbindliche
1111 Unternehmenshaftung und Sorgfaltsprüfung zur Wahrung der globalen
1112 Menschen-, Umwelt- und Arbeitsrechte.
- 1113 • mehr Transparenz im Rohstoffsektor herrscht. Dafür müssen insbesondere die
1114 länder- und projektspezifischen Zahlungen für den Handel mit Rohstoffen
1115 sowie die Besitzverhältnisse in den kantonalen Handelsregistern
1116 offengelegt werden.
- 1117 • eine Aufsichtsbehörde für den Handel mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln
1118 (Rohma) geschaffen wird.
- 1119 • Rohstoffe, Produkte und Dienstleistungen entlang der gesamten Produktions-
1120 und Lieferkette rückverfolgbar sind.
- 1121 • die Spekulation mit Nahrungsmitteln sowie des Land-Grabbing verboten
1122 werden.
- 1123 • bestehende internationale Abkommen wie die Baseler Konvention zur
1124 Entsorgung und zum Transport von Abfällen auf die Produktion und den
1125 Handel mit Rohstoffen erweitert werden.
- 1126 • alle neuen Handelsverträge der Schweiz mit einem Nachhaltigkeitskapitel
1127 zur Durchsetzung von internationalen Umweltschutz- und
1128 Menschenrechtsverträgen ergänzt werden.
- 1129 • sich die Schweiz bei der WTO dafür einsetzt, dass Produktionsmethoden
1130 (PPM) bei der Ausgestaltung von Handelsregeln berücksichtigt werden
1131 können.

- 1132 • der neue Bundesverfassungsauftrags zur Ernährungssicherheit umgesetzt
1133 wird. Grenzüberschreitende Handelsbeziehungen müssen zur nachhaltigen
1134 Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen.

1135 **3.5.4 Für eine menschenwürdige Migrations- und Asylpolitik**

1136 Seit dem Zweiten Weltkrieg waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht wie
1137 heute. Für die GRÜNEN ist klar, dass die Schweiz als Depositarstaat von 79
1138 völkerrechtlichen Verträgen und insbesondere der Genfer Konvention einen
1139 gewichtigen Beitrag an die internationale Solidarität leisten muss und kann. Die
1140 Antwort auf die zunehmenden Krisen muss mehr Hilfe, mehr Unterstützung vor Ort
1141 und die engagierte Bekämpfung der Fluchtursachen sein. Wer auf der Suche nach
1142 Sicherheit und Perspektiven nach Europa und in die Schweiz kommt, hat Anrecht
1143 auf ein faires Verfahren und gesellschaftliche Solidarität.

1144 In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass:

- 1145 • sich die Schweiz stärker gegen die tiefgreifenden Ursachen von Krieg,
1146 Verfolgung, Flucht und prekärer Migration engagiert. Sie muss die
1147 Nachhaltigkeitsziele der UNO umsetzen und sich für gerechte globale
1148 Wirtschaftsbeziehungen, die Umsetzung des Klimaabkommens von Paris und
1149 eine friedensfördernde Aussenpolitik engagieren.
- 1150 • die humanitäre Tradition der Schweiz ohne Wenn und Aber respektiert wird.
1151 Die Schweiz muss sich innerhalb von Europa für einen menschenwürdigen
1152 Umgang mit Geflüchteten einsetzen und soll sich an Rettungsaktionen im
1153 Mittelmeer beteiligen.
- 1154 • sich die Schweiz für sichere Fluchtrouten einsetzt und das Botschaftsasyl
1155 wieder einführt.
- 1156 • sich die Schweiz für eine Neugestaltung des Dublin-Systems einsetzt, damit
1157 die persönlichen Umstände von Menschen auf der Flucht berücksichtigt
1158 werden können (familiäre Beziehungen, Sprachkenntnisse, Bildungsstand);
1159 damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Demographie eines
1160 Landes für die Verteilung der geflüchteten Menschen ausschlaggebend sind –
1161 und nicht der Ankunftsort derselben; damit besonders verletzbare Personen
1162 (schwängere Frauen, Familien, Kranke) nicht mehr aufgrund der Dublin-
1163 Regelung zurückgeschickt werden.
- 1164 • eine faire, den Grundrechten verpflichtete Asylpolitik umgesetzt wird.
1165 Asylsuchende haben das Recht auf ein rechtsstaatlich korrektes und zügiges
1166 Verfahren mit einer unabhängigen Rechtsvertretung. Asylgründe wie die
1167 sexuelle Orientierung, die Geschlechtsidentität oder Frauendiskriminierung
1168 müssen stärker berücksichtigt werden.
- 1169 • die Durchsetzungshaft für Migrant*innen in der Schweiz abgeschafft wird.
- 1170 • legale Einwanderungsmöglichkeiten für Menschen aus Drittstaaten geschaffen
1171 werden (ohne Beschränkung auf Führungskräfte, Spezialist*innen sowie
1172 qualifizierte Arbeitskräfte).
- 1173 • Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Abgewiesene, bei denen eine
1174 Rückführung nicht möglich ist, rasch in den Arbeitsmarkt integriert
1175 werden.

- 1176 • die Schweiz die Flüchtlingskontingente im Rahmen der UNHCR erhöht und
1177 dabei unbegleitete minderjährige Asylsuchende besonders berücksichtigt.

- 1178 • Grundrechte auch für Sans-Papiers gelten. Wir fordern eine kollektive
1179 Regularisierung aller Sans-Papiers, die vier Jahre in der Schweiz gelebt
1180 haben.

- 1181 • Menschenhandel und moderne Sklaverei schweizweit bekämpft werden und die
1182 Zahl der Verurteilungen steigt. Um die Anzahl der Meldungen zu erhöhen,
1183 braucht es nebst der nationalen Meldestelle genügend Kontaktpersonen. Des
1184 Weiteren ist eine spezifische Strafnorm nötig für Arbeitsausbeutung, die
1185 ausserhalb des Kontexts von Menschenhandel geschieht. Und nicht zuletzt
1186 muss die Sensibilisierung der Bevölkerung intensiviert und auf nationaler
1187 Ebene koordiniert werden.